



Zwölf Jahre, Sklave

Kinder in Zwangsarbeit

Anlässlich des Welttags gegen ausbeuterische Kinderarbeit am 12. Juni richtet eine neue terre des hommes-Studie den Blick auf die etwa 5,5 Millionen Kinder, die Opfer von Zwangsarbeit sind.

Zwangsarbeit von Kindern ist ein globales Problem, es liegen jedoch nur sehr wenige Daten vor: Da sie illegal ist, können statistische Erhebungen nicht zu verlässlichen Resultaten führen. Ein weiteres Problem ist die Frage, welche Formen von Arbeit als Zwangsarbeit bezeichnet werden. Neben offensichtlich illegalen Formen wie Sklaverei gibt es eine große Grauzone, in der aus – in der Regel verbotener – Kinderarbeit ebenfalls Zwangsarbeit wird.

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO hat im Jahr 2012 Schätzungen veröffentlicht, nach denen 5,5 Millionen der insgesamt 20,9 Millionen Zwangsarbeiter noch Kinder sind. Im Auftrag des Kinderhilfswerks terre des hommes hat der Ökonom Friedel Hütz-Adams nun aus über 100 Rechtsquellen und aktuellen Studien Definitionen, Daten, regionale Hotspots und Geschichten von Opfern zusammengetragen, die ein aktuelles Bild der Gesamtsituation zeichnen. Die Studie schließt mit Forderungen an Regierungen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen: Was muss getan werden, um die Zwangsarbeit von Kindern und Erwachsenen zu beenden und zu verhindern?

Auf einen Blick

- Zwangsarbeit ist weltweit illegal – sowohl für Erwachsene als auch für Kinder. Dennoch sind Schätzungen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) zufolge rund 20,9 Millionen Menschen **Opfer von Zwangsarbeit**, darunter **5,5 Millionen Kinder**.
- Die mit weitem Abstand größte Zahl der von Zwangsarbeit betroffenen Menschen lebt in **Indien**. Gemessen an der Zahl der Bevölkerung ist die Gefahr, Opfer von Zwangsarbeit zu werden, in **Mauretanien** am größten, gefolgt von **Haiti**, Pakistan, Indien und Nepal.
- Welche Formen von Kinderarbeit als Zwangsarbeit bezeichnet werden, ist nicht leicht abgrenzbar: Neben offensichtlich illegalen Formen wie Sklaverei oder Kinderprostitution gibt es eine große **Grauzone**, in der aus in der Regel verbotener **Kinderarbeit ebenfalls Zwangsarbeit wird**. Genaue statistische Erfassungen und ihre Vergleichbarkeit sind deshalb schwierig.
- Jedes Jahr werden mit Zwangsarbeit rund **150 Milliarden US-Dollar zusätzlicher Gewinne** erzielt. Das sind Gewinne, die bei einer regulären legalen Beschäftigung von Menschen nicht entstanden wären. Die höchsten Profitraten mit rund 80.000 US-Dollar pro Opfer und Jahr sind möglich, wenn Menschen in Industrieländern zu sexuellen Dienstleistungen gezwungen werden.
- Der bei weitem größte Teil der Zwangsarbeit wird nicht entdeckt und somit werden die Verantwortlichen auch **nicht bestraft**. Das Risiko für die Arbeitgeber ist gering.
- Von 2008/2009 bis 2011/2012 wurden in Indien über 450.000 Fälle von **Kinderhandel** mit dem Ziel der ökonomischen Ausbeutung aufgedeckt: Agenturen bringen die Kinder in die Städte, wo sie für Vorauszahlungen von umgerechnet 360 bis 540 Euro an ihre Arbeitgeber ausgeliefert werden. Oft erreichen die Vorauszahlungen die Familien der Kinder nicht, sondern verbleiben bei den Agenturen.
- Auch **Heimarbeit** kann Zwangsarbeit sein: Wenn Familien – zum Beispiel durch einen Notfall oder extreme Armut – zu Schuldknechten eines Kreditwucherers werden, sind sie diesem, seinen Zahlungs-, Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, oft hilflos ausgeliefert. Die **Schuldknechtschaft** betrifft die ganze Familie.
- Ursachen für Zwangsarbeit von Kindern und Erwachsenen sind Diskriminierung, Armut, unzureichende Qualifikationen und fehlender Zugang zu formellen Kredit- und Sozialschutzsystemen. Das bedeutet umgekehrt: Um Zwangsarbeit entgegenzuwirken und die Gefährdung der Kinder einzudämmen, braucht es **soziale Schutzsysteme, würdevolle Arbeitsplätze, Bildung, Toleranz** und die Herausbildung einer Kultur, die Zwangsarbeit, zumal die von Kindern, ächtet.
- Die in vielen Ländern gängige Praxis, Kinder zum Beispiel als Haushaltshilfe zu Verwandten oder Bekannten in städtische Zentren zu schicken, birgt ein hohes Risiko für diese Kinder – vor allem, wenn sie in der neuen Umgebung **sozial und physisch isoliert** sind. Gute Schulen auf dem Land und Bildungschancen für Mädchen können gegensteuern.
- Ein hoher **Risikofaktor** ist **Migration**: 44 Prozent der Opfer von Zwangsarbeit haben grenzüberschreitende oder landesinterne Wanderungsbewegungen hinter sich. Jugendliche Migranten sollten daher besonders geschützt werden.

Empfehlungen

Empfehlungen an nationale Regierungen

Nationale Durchsetzung von Recht (law enforcement)

Eine Vielzahl von internationalen Regulierungen und nationalen Gesetzen verbietet Zwangsarbeit und könnte Kinder vor dieser Form der Ausbeutung schützen. Meist sind jedoch die Umsetzungsmechanismen unzureichend.

- Zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention – und damit auch dem Verbot der Zwangsarbeit von Kindern – sind unabhängige Monitoring- und Beschwerdestellen, die die Umsetzung der Konvention prüfen sowie Beschwerden über Kinderrechtsverletzungen aufnehmen und bearbeiten, ein wichtiges Instrument. Sie sollten unabhängig aber per Gesetz staatlich finanziert sein und auch Beschwerden nachgehen, die Kinder im Ausland betreffen. Beim Berichtsverfahren der Vereinten Nationen haben sie einen bevorzugten Status. Ein Beispiel für solche Stellen sind unabhängige nationale Menschenrechtsinstitute wie das Deutsche Institut für Menschenrechte.
- Diese Stellen können den oft jahrelangen nationalen Rechtsweg, der erfolglos durchlaufen sein muss, bevor das Individualbeschwerderecht zur Kinderrechtskonvention greift, begleiten, Fälle von Kinderrechtsverletzungen recherchieren und an die Öffentlichkeit bringen sowie ihre juristische Aufklärung und Wiedergutmachung unterstützen und beschleunigen.
- Nationale Aktionspläne mit dem Ziel, die bestehenden Gesetze gegen Zwangsarbeit zeitnah durchzusetzen und Kindersklaverei abzuschaffen, können die Einhaltung von Gesetzen voranbringen. Regierungen werden deshalb aufgefordert, die dazu notwendigen Institutionen auf- bzw. auszubauen und mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. Die Rechenschafts- und Fortschrittsberichte dieser Institutionen sollten öffentlich zugänglich sein.

Armutsbekämpfung

Eine der Hauptursachen für das Fortbestehen der Zwangsarbeit von Kindern ist die ökonomische Situation ihrer Familien. Studien haben gezeigt, dass mit Einführung von sozialen Sicherungssystemen die Zahl der Kinderarbeiter stark abnimmt.

- Gezielte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, insbesondere in Regionen, aus denen zahlreiche Opfer von Zwangsarbeit kommen, sind ein zentraler Ansatz im Kampf gegen Zwangsarbeit von Kindern. Die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und die Einführung existenzsichernder Löhne für Erwachsene spielt dabei eine wichtige Rolle. Um in der Regel selbständig arbeitenden Bauernfamilien ein würdevolles Leben und die angemessene Bezahlung ihrer Arbeiter zu ermöglichen, müssten die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe den Wert der Arbeit spiegeln. Soziale Sicherungssysteme, die

der Vielfalt der Lebenssituationen gender-sensibel gerecht werden und in Notfällen, wie Krankheit oder Tod eines Familienmitglieds, sowie bei extremer Armut Kinder und ihre Familien unterstützen, leisten bei der Bekämpfung der Zwangsarbeit von Kindern einen sehr wichtigen Beitrag, wenn der Zugang unkompliziert und den Bedürftigen bekannt ist.

Bildung und kulturelle Normen

Neben ökonomischen spielen auch kulturelle und bildungspolitische Hintergründe eine wichtige Rolle beim Fortbestehen der Zwangsarbeit von Kindern.

- Kostenlose, verpflichtende und qualitativ gute Schulbildung für alle Kinder ist ein wirksames Instrument, um Kinder nachhaltig vor Zwangsarbeit zu schützen und ihnen eine Perspektive auf menschenwürdige Arbeit zu geben. Sie sollte deshalb oberste Priorität in nationalen Haushalten und in der Entwicklungszusammenarbeit haben.
- Regierungen können in Abstimmung mit Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und anderen religiösen Institutionen dazu beitragen, dass die kulturell und religiös bedingte Akzeptanz von Formen der Zwangsarbeit bestimmter Bevölkerungsgruppen beendet wird.

Empfehlungen an die Bundesregierung

Auf nationaler wie internationaler Ebene ist die Bundesregierung gefragt, ihre Möglichkeiten zur Verhinderung der Zwangsarbeit von Kindern zu nutzen.

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, die im ersten Abschnitt beschriebenen Maßnahmen, falls noch nicht geschehen, vorbildhaft und zeitnah umzusetzen sowie durch ihre Entwicklungszusammenarbeit zur Umsetzung in anderen Ländern beizutragen.
- In Deutschland vorkommende Formen der Zwangsarbeit von Kindern und Erwachsenen sind häufig mit Menschenhandel verknüpft. Deshalb sollte die Bundesregierung den Schutz der Betroffenen deutlich verbessern und ihnen einen sicheren Aufenthaltsstatus garantieren, damit sie gefahrlos gegen die für den Menschenhandel Verantwortlichen klagen können.
- Bund, Länder und Kommunen sollten bei der öffentlichen Beschaffung darauf achten, dass die Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen ihre Wertschöpfungskette kennen und Zwangsarbeit von Kindern ausschließen.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Aufbau des *Global Fund for Social Protection* als Instrument für die Einführung, Ausweitung und Risikoabfederung nachhaltiger nationaler sozialer Grundsicherungsstrategien in besonders armen Ländern (LCDs) und risikoanfälligen Ländern finanziell zu unterstützen.
- Auf internationaler Ebene ist die Einforderung rechtsverbindlicher sozialer und ökologischer Standards, an die sich international operierende Unternehmen in ihrer gesamten Wertschöpfungskette halten, an der Tagesordnung: Die „Leitsätze für multinationale Unternehmen“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung (OECD 2011) und die »UN Guiding Principles on Business and Human Rights « für multinationale Unternehmen (UN 2011) sind dafür eine gute Grundlage und sollten in nationales Recht übernommen werden, damit Verstöße Sanktionen gegen die handelnden Unternehmen nach sich ziehen.

- Maßnahmen zur Reduzierung und Abschaffung der Zwangsarbeit sowie zu sozialer Sicherheit sollten bei internationalen Konsultationen mit Regierungen, in deren Staaten Zwangsarbeit noch verbreitet ist, eine hohe Priorität erhalten.

Empfehlungen an die EU und die Bundesregierung

Die derzeitige Flüchtlingspolitik der EU und der Bundesregierung drängt Migranten in die Illegalität und erhöht damit ihr Risiko, Opfer von Zwangsarbeit zu werden. Insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind gefährdet und unzureichend vor Ausbeutung geschützt.

- Die EU und die Bundesregierung werden aufgefordert, ihre Einwanderungsbestimmungen mit der Kinderrechtskonvention in Einklang zu bringen und Minderjährige, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, vor Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Eine Illegalisierung von Kindern ist unverantwortlich und trägt dazu bei, dass sie Opfer von Menschenhandel und Zwangsarbeit werden.
- Die Meldepflicht für Kinder ohne Aufenthaltsstatus verhindert in vielen Fällen, dass sie Bildungsangebote oder Gesundheitsdienste nutzen oder sich an Hilfseinrichtungen wenden, die ihnen Schutz vor aktuellen Gewaltsituationen und Ausbeutung bieten könnten. Sie ist deshalb dringend abzuschaffen.
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben ein Recht auf kindgerechte Aufnahmeverfahren, Inobhutnahme durch die Jugendhilfe und einen Vormund.
- Kinderrechtsverletzungen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus, wie Abschiebungen, Abschiebehaft oder Untersuchungshaft, darf es nicht geben. Eine Rückführung darf nur durchgeführt werden, wenn sie dem Kindeswohl dient. Das Kindeswohl ist für alle Kinder, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, vorrangig zu berücksichtigen.

Empfehlungen an Unternehmen, Banken und Investoren

Eine Vielzahl von global agierenden Unternehmen verarbeitet oder nutzt Produkte, in deren Herstellungsketten das Risiko besteht, dass Formen der Zwangsarbeit von Kindern vorhanden sind. Die Leitlinien für Unternehmen und Menschenrechte (UN Guiding Principles on Business and Human Rights – UNGP) von 2011, zahlreiche NGOs weltweit und nicht zuletzt fast alle Verhaltenskodizes der Unternehmen selbst betonen daher die mit der Globalisierung zunehmende Verantwortung dieser Unternehmen.

- Multinationale Unternehmen sind aufgefordert, in ihren globalen Zulieferbetrieben inklusive aller Unterlieferanten und Heimarbeiter der informellen Wirtschaft entlang der

gesamten Lieferkette bis hin zum Abbau der Rohstoffe menschenwürdige Arbeitsbedingungen und sozialen Schutz der Beschäftigten durchsetzen, um so direkte Formen der Zwangsarbeit von Kindern und des Kinderhandels auszuschließen und zugleich die Situation der Familien soweit zu verbessern, dass das Gefährdungspotenzial der Kinder gesenkt wird.

Unternehmen und internationale Geschäfte werden teilweise über die Ausgabe von Aktien, Anleihen und Kredite finanziert.

- Banken und institutionelle Geldanleger werden aufgefordert, nur in Unternehmen und Geschäfte investieren, die über transparente Wertschöpfungsketten einen Ausschluss der Zwangsarbeit von Kindern in ihren Produktionsketten belegen können.

Empfehlungen an Nichtregierungsorganisationen und Netzwerke

Nichtregierungsorganisationen finden mehr Gehör, wenn sie in Netzwerken zusammenarbeiten. Ihre Aufgabe ist neben der direkten Unterstützung der Opfer von Zwangsarbeit auch Politikbeeinflussung.

- Von Zwangsarbeit Betroffene, insbesondere wenn sie noch Kinder sind, brauchen Hilfe bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, der Verarbeitung von Traumata, Unterstützung zum Lebensunterhalt und Rat bei der Gestaltung von Lebensperspektiven. Viele Nichtregierungsorganisationen haben gute Erfahrungen mit bekannten, vertrauenswürdigen und gut ausgestatteten Anlaufstellen (zum Beispiel Helplines).
- Durch Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit können Familien in den Gebieten und den sozialen Milieus, aus denen Kinder in Zwangsarbeit häufig kommen, über die Methoden von Geschäftemachern, die Verbreitung von Zwangsarbeit und die jeweils üblichen Realitäten aufgeklärt werden.
- Durch Falldokumentationen, Recherchen, Publikationen und Kampagnen kann die Situation der Opfer öffentlich sichtbar werden. Öffentliches Interesse trägt dazu bei, dass Regierungen und Unternehmen die Missstände angehen.